

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 0 7 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbezeichnung: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 10 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe Morgenausgabe

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bülowplatz

SA. will demonstrieren

Am nächsten Sonntag wollen die Nazis auf dem Bülowplatz demonstrieren, was zweifellos eine starke Herausforderung der Berliner Arbeiterschaft bedeutet, ganz besonders aber der Kommunisten, die dort ihr Parteihaus haben. Darob in große Aufregung geraten, fordert die „Rote Fahne“ nicht nur die Anhänger der kommunistischen Partei, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter auf, sich am nächsten Sonntag in großen Massen vor ihrem Hause und zu dessen Schutze einzufinden.

Bis zum Sonntag ist wohl Zeit genug, die Sache auch noch etwas kaltblütiger zu betrachten. Nicht unerheblich ist dabei die Frage, was die Polizei tun wird. Sie kann — was allerdings eine starke Provokation wäre — die Kundgebung gestatten und ist dann auch genötigt sie zu schützen. Gegendemonstrationen würden in diesem Falle ohne weiteres mit der Polizei zusammengeraten; ob es dann möglich sein würde, die Nazidemonstration zu verhindern, wäre sozusagen eine technisch-militärische Frage. Es liegt aber nahe, daß die Polizei die Nazidemonstration auf dem Bülowplatz, aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, nicht zulassen wird, dann wird sie natürlich überhaupt keine Kundgebung gestatten. Eine Gegenaktion hätte ja auch ihren Sinn verloren, wenn die Aktion unterbleibt.

Es scheint also, als ob die „Rote Fahne“ etwas voreilig an die sozialdemokratischen Arbeiter appelliert hätte. Aber die Art, wie sie das tut, ist für die kommunistischen Methoden höchst kennzeichnend. Unter dem Aufdruck an die sozialdemokratischen Arbeiter bringt sie nämlich ein Bild vom Monarchistenrummel im Sportpalast unter der albernen Ueberschrift: „Schluß mit diesem Leipart-Kurs!“ Was hat Leipart mit dem Rummel im Sportpalast zu tun? Nichts, auch nicht das geringste! Selten hat sich das kramphafte Bemühen der Kommunisten, für alle Uebel in der Welt die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften verantwortlich zu machen, in so plumper Weise wie diesmal selber parodiert.

Die Frage des Zusammenstehens der ganzen Arbeiterklasse gegen feudale und faschistische Reaktion ist ungeheuer ernst. Daß sie nach kommunistischer Methode nicht gelöst werden kann, zeigt sich hier an einem Schulbeispiel. Man versucht die sozialdemokratischen Arbeiter in planlose Aktionen mit hineinzureißen und will ihre Anwesenheit dazu benutzen, ihnen über die Sozialdemokratische Partei den größten Ansinn vorzuschwemmen. Da aber wirkliche sozialdemokratische Arbeiter niemals auf so etwas hereinkommen werden, begnügt man sich damit, sich selber etwas vorzumachen, und das ganze kommunistische Einheitsfrontmanöver bewegt sich sozusagen im luftleeren Raum.

Also, wenn wir bitten dürfen, etwas weniger Angst und etwas mehr Verstand! Es ist richtig, daß — von der verhältnismäßig belanglosen Affäre am Bülowplatz abgesehen — ein ernster Kampf gegen die Reaktion nur mit den politischen geschulten Massen der Sozialdemokratischen Partei zu führen ist, und wenn man das im kommunistischen Lager einzusehen beginnt, so können wir diese Einsicht nur begrüßen. Wenn aber der Generalstab der „Roten Fahne“ glaubt, bei einem solchen Kampf das Kommando führen zu können, dann überschätzt er sich beträchtlich!

Ein neuer Flaggenfandal

Nazi-Parlamentspräsidenten provozieren die Republik!

Auf dem Landtagsgebäude und dem ehemaligen Herrenhause weht heute neben den Fahnen in den Farben Preußens und des Reichs die schwarzweißrote Fahne des Kaiserreichs. Frohlockend begrüßt die deutschnationale Presse den Landtagspräsidenten zu dieser Verfassungswidrigkeit. Augenscheinlich ist diese Landtagsbeschlagnahme auf Vertreiben der Deutschnationalen erfolgt. Deshalb liegt offenbar eine Verbeugung der Nationalsozialisten vor den Deutschnationalen und der schwarzweißroten Fahne vor.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sofort gegen Kerrls Annahme folgenden Antrag eingebracht:

Wir erheben gegen diese ungesetzliche Beschlagnahme des Landtagsgebäudes allerhöchsten Protest. Der Landtag wolle beschließen, den Landtagspräsidenten aufzufordern:

1. die schwarzweißrote Fahne sofort von dem Landtagsgebäude zu entfernen, da nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen diese Beschlagnahme unzulässig ist;
2. die Kosten für die Beschaffung der schwarzweißroten Fahne persönlich zu übernehmen, da die Bezahlung aus Staatsmitteln unzulässig ist.

Wo Nazi-Kerrl sich rührt, darf Nazi-Göring nicht schlafen. Dieser Präsident des Reichstags brachte es sogar fertig, von dem Präsidentenhaus die dort heute gehißte deutsche Reichsflagge heranzuholen und sie durch die Kaiser-

flagge schwarzweißrot ersetzen zu lassen.

Die Nationalsozialisten, die erst durch die bürgerlichen Stimmen des Zentrums und benachbarter Gruppen in ihr Amt gekommen sind, legen es offensichtlich darauf an, das Volk zu provozieren. Wann wird ihnen dieses Handwerk durch ihre parlamentarischen Wähler gelegt werden?

Kerrl feiert die Zollern

Bei der Eröffnung der Mittwochssitzung des Preussischen Landtages gedachte Präsident Kerrl in einer kurzen Ansprache der 62. Wiederkehr des Reichsgründungstages, wobei er das Fürstengeschlecht der Hohenzollern den Träger der deutschen Einheitsidee nannte.

Die Nationalsozialisten nahmen die Ansprache des Präsidenten mit Bravo-Rufen auf, Sozialdemokraten und Kommunisten waren der Kundgebung ferngeblieben. Die anwesenden Abgeordneten hatten die Kundgebung des Präsidenten stehend angehört.

Zu Darmsteden kam es hierauf, als der sozialdemokratische Abgeordnete Bürgen den Antrag seiner Fraktion wegen der Beschlagnahme des Landtagsgebäudes mit den schwarzweißroten Farben einbrachte und Unterbrechung der Sitzung forderte, damit der Aeußerstrot dazu Stellung nehmen könne. Die Unterbrechung der Sitzung wurde jedoch abgelehnt.

„Waffendepots“

Die sozialdemokratische Fraktion im Preussischen Landtage hat folgenden Antrag zu dem Unfug nationalsozialistischer Waffentlager eingebracht:

„Die Aufklärung des gemeinen Raubmordverbrechens am Silvestertage gegen den deutschnationalen Gutspächter Steinicke in Streithof im Kreis Randow (Pommern) läßt nicht nur die Herkunft der Waffen, die bei diesem Verbrechen benutzt worden sind, sondern auch die Sprengstoffquellen erkennen, aus denen Bomben zu dem Anschlag auf das Gebäude des sozialdemokratischen „Volksboten“ in Stettin am 9. August 1932 Verwendung fanden. Aus dem Polizeibericht geht einwandfrei hervor, daß die vier festgenommenen Stettiner Nationalsozialisten bei Begehung des Raubmordes in Streithof mit Waffen ausgerüstet waren, die aus dem Depot der SA. stammten.

Bei Aufklärung anderer Ueberfälle, Verbrechen und Mordtaten, an denen Nationalsozialisten beteiligt waren, ist in den Polizeiberichten wiederholt von Waffendepots und Waffenbeständen der SA. die Rede. Diese polizeilichen Feststellungen zwingen zu der Schlussfolgerung, daß die

SA. sich unter den Augen der Behörden Waffendepots angeeignet hat, die zur Ausübung gemeiner Verbrechen Verwendung finden.

Die ständige Zunahme von Ueberfällen auf Verkehrslokale und Wohnungen organisierter Arbeiter, von Raub- und Mordtaten durch Angehörige der nationalsozialistischen Bewegung in den letzten Tagen erfordert schärfste Abwehrmaßnahmen.

Die Fraktion beantragt daher, das Staatsministerium zu ersuchen, den Reichskommissar erneut auf die Gefahr hinzuweisen, die durch die Bewaffnung der SA. entstanden ist, und von ihm zu verlangen, im Interesse der durch die Verbrechen der SA. gefährdeten Sicherheit und Ordnung die Waffenbestände der SA. zu beschlagnahmen.“

Was wird mit Berlin?

Gerüchte um die Bezirksreform — Angst vor der eigenen Courage?

Es ist noch nicht lange her, da der allgewaltige Kommissar Bracht der Stadt Berlin ein Ultimatum zugehen ließ, das von der Reichshauptstadt innerhalb kürzester Frist die Vortragung einer Bezirks- und Verwaltungsreform forderte. Herr Bracht hatte es damals so eilig, daß er auf den Protest der Stadtvertretung hin die Frist von sich aus zweimal verlängern mußte.

Inzwischen war man im Rathaus fieberhaft tätig, um das schwierige Projekt fertigzustellen. Zwei anerkannte Kommunalpolitiker, Bürgermeister Lange und Stadtrat Dr. Heuer, arbeiteten den bekannten Magistratsplan aus, nach dem die Reichshauptstadt zukünftig aus neun Bezirken bestehen soll und der eine Vereinfachung und Umänderung der gesamten Bezirksverwaltung vorsieht. Nachdem die Stadtverordneten das Wort durchberaten hatten, ohne allerdings zu einer einheitlichen Stellung zu gelangen, wurde die Reform dem Berliner Polizeipräsidenten in seiner Eigenschaft als Regierungspräsident zur Begutachtung vorgelegt. Hier wurde der Plan im großen und ganzen als eine Besserung gegenüber dem bisherigen Zustand besonders deshalb begrüßt, weil durch seine Verwirklichung eine größere Uebereinstimmung der städtischen Verwaltungsbezirke mit den Polizeibezirken erreicht wird.

Das so von allen Seiten kritisch abgetastete Reformwerk gelangte nun schließlich über den Oberpräsidenten an das preussische Innenministerium, wo Herr Bracht nach autoritären Rezepten regiert. Und nun wurde es plötzlich um die Berliner Verwaltungsreform, die man vorher nicht stürmisch genug verlangen konnte, ruhig und still. Von den regierenden Männern war nicht herauszubekommen, wann die so

stürmisch verlangte Vereinfachung der Berliner Verwaltung nun durchgeführt werden sollte.

Heute wissen nun plötzlich zwei Vormittagsblätter zu berichten, daß man im Innenministerium der Ansicht sei, das Reformwerk sei so, wie es vorgelegt wird, überhaupt nicht zu verwirklichen. Man wolle die gesamte Umänderung der Verwaltung bis nach den Kommunalwahlen im Herbst 1933 vertagen. Es soll heute nachmittag eine Besprechung des Berliner Oberbürgermeisters mit dem Reichskommissar Bracht über diese Frage stattfinden.

Es scheint also, daß Herr Bracht seine Meinung über die Notwendigkeit einer Berliner Verwaltungsreform geändert hat, weil er irgendwelchen reaktionären Einflüsterungen unterlegen ist. Ein neues Beispiel „autoritärer Staatsführung!“

Die Morphiumspritze

Reichsjustizminister Gürtner über den neuen Vollstreckungsschutz

Reichsjustizminister Dr. Gürtner erläuterte heute mittag vor der Presse die neue Notverordnung des Reichspräsidenten über den Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft. Er betonte ausdrücklich im Laufe seiner Ausführungen, daß derartige Maßnahmen wie der Vollstreckungsschutz der Landwirtschaft nicht helfen könnten,

ebenso wenig wie eine Morphiumspritze einem Patienten Heilung zu bringen vermöge.

Der Zweck dieses Mittels liege darin, es der Landwirtschaft zu ermöglichen, die Krise zu überdauern, so wie eine Morphiuminjektion zuweilen notwendig ist, um an einem Patienten die unerlässliche Operation überhaupt zu ermöglichen, die allein die Heilung bringen könne.

Dr. Gürtner erläuterte die einzelnen Bestimmungen der Notverordnung und kam zusammenfassend zu dem Schluß, daß sie keine eigentliche Erweiterung des bisherigen Pflichtenverhaltens darstelle, sondern nur eine Ausdehnung in zeitlicher Beziehung (bis längstens 31. Oktober 1933) und einige sachliche Erleichterungen bringe.

Trotsky's Anklage

Stalinschuld am Selbstmord Sinaida Wolkows

Leo Trotzky hat seiner Uebersetzerin hier in Berlin eine Darstellung der Ursache des Selbstmordes seiner Tochter geschickt. Die Uebersetzerin ist beauftragt, dieses Schreiben an das Zentralkomitee der KPD. weiterzuschicken.

Trotsky gibt der Aberkennung der Sowjetstaatsbürgerschaft gegen seine Tochter die Hauptschuld an ihrem Selbstmord, denn hierdurch ist sie an der Rückkehr nach Rußland verhindert worden. Deutsche Psychiater hätten diese Rückkehr zu dem dort hinterlassenen Töchterchen und in die gewohnten Lebensverhältnisse als einziges Mittel zur Wiederherstellung des seelischen Gleichgewichts Sinaidas erklärt. Da ihr diese Reise verwehrt war, ging sie in den Tod.

Trotsky's Schreiben bestätigt, daß sein Schwiegersohn Wolkow politischer Verbannter ist. Man erfährt weiter, daß Trotsky's jüngere Tochter an der Schwindsucht verstorben ist — 70 Tage hat

